

Brunsbüttels Klagelied: Gemeinden fordern Millionen für Atommülllager

In Schleswig-Holstein bleibt hochradioaktiver Atommüll bis zu 100 Jahre in Zwischenlagern. Gemeinden fordern Ausgleichszahlungen.

Stand: 29.07.2024 05:00 Uhr

Die Diskussion um die finanzielle Entschädigung für die Gemeinde Brunsbüttel und andere Standorte deutschen Atommülls nimmt zu, während die Suche nach einem Endlager bis zu weiteren 100 Jahren währt.

von Marian Schäfer

Die Herausforderung der Zwischenlager

Der Rückbau des Kernkraftwerks Brunsbüttel, der von Vattenfall seit 2019 vorangetrieben wird, stellt die lokale Bevölkerung vor gewaltige Herausforderungen. In der Gemeinde stapeln sich mittlerweile Hunderte von Containern, gefüllt mit nicht-radioaktivem Bauschutt, der dennoch keine Deponie akzeptieren möchte. Doch die größere Sorge bleibt der hochradioaktive Abfall, der hier in zwei großen Zwischenlagern gelagert wird.

Gemeinden fordern faire Entschädigung

Ein zentrales Thema in der Debatte ist die angemessene finanzielle Entschädigung für Gemeinden wie Brunsbüttel und Brokdorf, die mit dem Atommüll leben müssen. Martin

Schmedtje, der parteilose Bürgermeister von Brunsbüttel, fordert einen jährlichen Ausgleich in Höhe von mindestens einer Million Euro. Er argumentiert, dass es nie die Absicht war, den Atommüll hier zu lagern.

Politische Versprechen und deren Bruch

Die ursprüngliche Idee der Atomenergie beinhaltete eine zentrale Lagerung des Atommülls. Diese Planung wurde jedoch in den 2000er Jahren revidiert, was die Standortgemeinden in eine prekäre Lage brachte. Schmedtje sieht dies als gebrochene Versprechen an und weist darauf hin, dass die Sicherheit der Bürger und die Nutzung der Flächen stark eingeschränkt werden.

Die Belastung durch Atommüll

Die Realität, dass hochradioaktiver Abfall bis zu 100 Jahre in Brunsbüttel gelagert bleiben könnte, sorgt für Besorgnis in der Gemeinde. Im Gegensatz zu anderen Standorten, die seit langem Entschädigungen erhalten, sehen sich Brunsbüttel und andere Gemeinden im Stich gelassen.

Eine doch noch fehlende Lösung für den Atommüll

Wann und wo ein Endlager für den hochradioaktiven Atommüll kommen könnte, bleibt ungewiss. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung erwartet eine Entscheidung nicht vor 2046, was bedeutet, dass der Atommüll möglicherweise noch bis 2068 oder länger an den Standorten bleiben muss.

Die Suche nach einer politischen Lösung

Die Arbeitsgemeinschaft der Standortkommunen kerntechnischer Anlagen (ASKETA) hat sich zusammengeschlossen, um die Forderungen nach einer fairen

Entschädigung zu verstärken. Bürgermeister Olaf Schulze von Geesthacht betont die Notwendigkeit, dass der Bundestag sich mit der Thematik auseinandersetzt, insbesondere angesichts der anstehenden Neugenehmigungen der Zwischenlager ab 2034.

Auftakt zu einer notwendigen Debatte

Die Bundesumweltpolitik muss sich der Herausforderung stellen, den Gemeinden, die für die atomare Erblast zahlen, gerechte Entschädigungen zu sichern. Vor dem Hintergrund der politischen Verteilungskämpfe wird dies nicht einfach sein. Der Umgang mit den durch die Atomenergie entstandenen Abfällen muss auf eine Art und Weise geschehen, die sowohl die Verantwortlichkeit der Betreiber als auch die Bedürfnisse der betroffenen Gemeinden in den Vordergrund stellt.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de